

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Preisstopp für Strom und Gas in Niederösterreich**

Die Inflationsrate in Österreich ist aktuell auf einem sehr hohen Niveau. Seit Jahresbeginn ist ein deutlicher Anstieg feststellbar, im September lag sie bei plus 3,3 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Damit stieg die Teuerung auf den höchsten Wert seit fast zehn Jahren. Ein zentraler Preistreiber für diese alarmierende Entwicklung der Inflation ist ein massiver Anstieg der Großhandelspreise bei Strom und Gas. Der Österreichische Strompreisindex (ÖSPI) für Oktober 2021 liegt um 54 Prozent höher als vor einem Jahr, der Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI) liegt sogar um 425 Prozent höher.

Der reine Energiepreis auf der Stromrechnung macht in etwa nur ein Drittel der Gesamtsumme aus. Der Rest setzt sich zusammen aus Steuern und Abgaben mit rund 40 Prozent (Umsatzsteuer, Elektrizitätsabgabe, Gebrauchsabgabe, Ökostrompauschale) und dem Netztarif mit rund 25 Prozent (Netznutzungsentgelt, Netzverlustentgelt, Entgelt für Messleistungen). Diese Steuern und Abgaben sind seit dem Jahr 1996 um mehr als 141 Prozent gestiegen. Ginge es also nur um die Kosten für Energie und das Netz, dann wäre der Strompreis heute auf einem viel niedrigeren Niveau. Es zeigt sich also, dass die Politik hier sehr wohl Hebel in der Hand hat, um auf die Preise einzuwirken. Selbiges gilt auch für den Gaspreis für Endverbraucher, wobei sich rund 50 Prozent der Kosten aus Steuern und Abgaben sowie den Netzentgelten zusammensetzen.

Für die kommende Heizsaison bedeuten die dramatischen Preissteigerungen jedenfalls massive Mehrbelastungen für die niederösterreichischen Haushalte. Von rund 737.000 Haushalten heizen 33,12 Prozent mit Erdgas und 13,8 Prozent mit Heizöl bzw. Flüssiggas. Demnach stehen mehr als 345.000 Haushalte in Niederösterreich vor einer gewaltigen Kostenlawine. Experten gehen von rund 500 Euro aus, die ein Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden (kWh) Strom und 15.000 kWh Gas mehr zahlen muss, 400 Euro allein für Gas.

Im Hinblick auf die explodierenden Energiekosten ist ein Preisstopp für Strom und Gas in Niederösterreich dringend geboten. Jene Energieversorger, die zumindest mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand sind, dürfen keine weiteren Preissteigerungen durchführen, um die drohenden massiven Mehrbelastungen für die niederösterreichischen Haushalte nachhaltig zu verhindern.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, auf Preissenkungen für Strom und Gas in Niederösterreich hinzuwirken, indem

1. im eigenen Wirkungsbereich strom- und gaspreisrelevante Steuern und Abgaben gesenkt werden,
2. die NÖ Landesregierung an die Bundesregierung herantritt und diese ersucht, strom- und gaspreisrelevante Steuern und Abgaben zu senken und
3. die NÖ Landesregierung auf jene Energieversorger, die zumindest mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand sind, hinwirkt, keine weiteren Preissteigerungen durchführen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.